

Themenübersicht:

Editorial

1. Zwei Dauerbrenner mit Zündstörung
2. Europa im Landtag wird öffentlich – Der neue Ausschuss möchte Besuch bekommen
3. Gesetz zu freien Schulen vor dem Thüringer Verfassungsgericht
4. Prädikat: Besonders Wertlos – Rechnungshof rechnet mit Stiftung FamilienSinn ab
5. Minister, Fraktionen, Bürgermeister: Hier gibt es nichts zu sparen
6. Datenschutz darf kein Papiertiger sein
7. Totalausfall der FDP beim Ladenschluss
8. DDR-Altlasten können Thüringen noch teuer zu stehen kommen
9. Populismus bei Standards zur Abwasserentsorgung
10. Grundschulen und ihre Horte bieten gemeinsam Zeit und Raum für mehr

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Entwurf für den Landeshaushalt 2012 sieht eine Neuverschuldung von nahezu null Euro vor. Das ist der richtige Weg. Damit wird ja auch unser Parteitagsbeschluss vom November 2010 in Neudietendorf umgesetzt. Denn Generationengerechtigkeit – und dazu gehören seriöse Haushalte – sind echtes grünes Leitmotiv.

Das war in Thüringen unter Regierungsführung der CDU nicht immer so, im Gegenteil. Die Christdemokraten haben sich zu lange von Ihrem eigenen Pawlow'schen Reflex leiten lassen: Ein klingelnder Geldbeutel bringt Kreuze auf dem Stimmzettel. Und so hat die CDU den Bürgerinnen und Bürgern Thüringens in 21 Jahren über 16 Milliarden Euro Schulden und eine Zinslast von jährlich 670 Millionen Euro eingebrockt. Sie ist im Wesentlichen allein für den aktuellen Sanierungsbedarf Thüringens verantwortlich. Und sie hat – neuerdings zusammen mit der SPD – die Antworten auf die Frage zu liefern, wie wir diesen Schuldenberg so schnell wie möglich, aber auch so nachhaltig wie möglich, abtragen.

Wir Grüne werden die Bemühungen des Finanzministers, sparsam zu wirtschaften, mit aller Kraft unterstützen. Wir stehen in diesem Punkt hinter ihm, ganz dicht, damit er nie wieder umkehren kann. Denn wir müssen unsere politische Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Doch dabei geht es nicht um tabuloses Sparen, wie die Ministerpräsidentin forderte. Es geht vielmehr um kluges Haushalten mit Prioritäten und die Schlachtung „heiliger Kühe“. Deshalb hatten wir auch schon in 2010 eine parteiübergreifende Arbeit in der Haushaltsstrukturkommission angeboten. Die Landesregierung wollte das nicht, bis heute warten wir vergeblich auf Ergebnisse.

Bei allen positiven Ansätzen des Haushaltes für 2012 ist uns Schwarz-Rot einige Erklärungen schuldig geblieben. So fehlt der Nachweis, dass die Landesregierung auch ohne die Flügel der anziehenden Konjunktur einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen kann. Dazu wäre beispielsweise eine aktualisierte Mittelfristige Finanzplanung bis 2015 hilfreich. Zudem muss bereits jetzt geklärt werden, wie auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts in 2020 weiterhin Mittel für Investitionen bereitgestellt werden sollen. Auch hat der Finanzminister nichts darüber gesagt, wie die ab 2020 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eingehalten werden soll. Ein Personalentwicklungskonzept? Fehlanzeige! Schuldenabbaukonzept? Ebenso!

Alles in allem wird deutlich, dass an diesem Haushalt noch eine Menge nachgearbeitet werden muss. Wir werden diesen Prozess sehr kritisch begleiten. Zunächst aber erst einmal viel Spaß beim Lesen von InfoGrün.

Herzlichst
Eure Fraktionsvorsitzende
Anja Siegesmund

1. Zwei Dauerbrenner mit Zündstörung

Gigaliner, Longliner, Ökoliner – was haben sich die LKW-Hersteller nicht schon alles für schöne Namen für ihre Hätschelkinder ausgedacht: LKWs mit bis zu 60 Tonnen und einer Gesamtlänge von über 25 Metern.

In einem Feldversuch hatte das schwarz regierte Thüringen bis 2009 bereits getestet, welche Auswirkungen solche LKW auf den Straßenverkehr haben. „Die Ergebnisse waren – für sich betrachtet – gar nicht so negativ“, meint unsere verkehrspolitische Sprecherin, Jennifer Schubert. Zwei solche Groß-LKW könnten drei normale ersetzen und damit eine Kraftstoffeinsparung von bis zu 30 Prozent erreichen – daher auch der Name „Ökoliner“. Auch die Punktbelastung des Straßenbelags sei - durch zusätzliche Achsen - nicht höher. So weit, so positiv – wenn man in seiner Laster-zentrierten Welt bleibt, ist auch alles stimmig.

Doch was würde wirklich passieren, wenn die, nennen wir sie Longliner, zum Standard würden? Würde dies etwa nicht zu einer Verlagerung von voluminösen und Massengütern von der Schiene weg auf die Straße führen?

„Dass es sich bei den Testfahrten eher um ein Wirtschaftsförderungsprogramm für die LKW-Hersteller handelt, lässt sich schon daran erkennen, dass gerade die Länder mit Herstellern solcher Fahrzeuge am nun angekündigten bundesweiten Pilotversuch teilnehmen. Auch in Ostthüringen ist ein solcher Hersteller ansässig“, stellt Schubert klar. Andere Länder, selbst das schwarz-gelbe Hessen, sind dagegen ob des Nutzens so skeptisch, dass Bundesverkehrsminister Ramsauer den Versuch gerne – rechtlich fraglich - am Bundesrat vorbei starten möchte. Er würde dort keine Mehrheit bekommen.

In diesem Vorgehen zeigt sich die Doppelzüngigkeit von Bundes- und Landesregierung. Schubert: „In Sonntagsreden wird von Energieeinsparung und Energiewende gesprochen. Am Montag wird dann aber dem LKW eine neue Spielwiese eröffnet. Die Verlagerung auf die Schiene wird dagegen nicht angegangen. Der schwarze Peter dafür immer anderen zugeschoben.“

Und wenn das Geld nicht reicht für all die Träume von blühenden Landschaften durch grenzenlosen Straßenbau? Dann wird von der CSU und anderen Longliner-Befürwortern in etwa so argumentiert: Wir holen uns das Geld von den Ausländern, die unsere Straßen hier kostenlos benutzen dürfen, obwohl wir doch jedes Jahr im Urlaub in Italien oder Frankreich bluten müssen, wenn wir deren Autobahnen benutzen wollen. Logischer Schluss: Auch Deutschland braucht eine PKW-Maut. Eine Maut, die gar keine ist, da sie nicht streckenabhängig erhoben werden soll, sondern pauschal als Vignette, wie man das aus Österreich oder der Schweiz kennt.

„Doch leider, lieber Herr Ramsauer, auch in diesem Fall liegen sie falsch“, sagt Schubert. Nur fünf Prozent des PKW-Verkehrs auf Deutschlands Autobahnen entfällt auf ausländische Wagen. „Damit ließen sich wohl gerade so die Kosten für die Herstellung und den Vertrieb der Vignetten finanzieren.“ Wenn sich eine solche Autobahn-Maut also lohnen sollte, dann müssten die deutschen Autofahrer zusätzlich belastet werden und könnten nicht an anderer Stelle, etwa der Kfz-Steuer entsprechend entlastet werden.

Doch die Kosten für den Individualverkehr werden auch ohne staatliches Zutun in den nächsten Jahren massiv steigen. Der Ölpreis wird sicher nicht bei 100 Dollar bleiben. Prognosen gehen von 200 oder 300 Dollar im Jahr 2020 aus. „Da bleibt dann wohl nur eins: Auf neue Straßen verzichten und zusehen, dass man mit dem vorhandenen Geld wenigstens das vorhandene Straßennetz erhalten kann“, schließt Schubert.

2. Europa im Landtag wird öffentlich Der neue Ausschuss möchte Besuch bekommen



Überall wird gerade am Euro und der EU herum gemäkelt. Der Sinn und die großen Erfolge der europäischen Einigung geraten da schon mal aus dem Blick. Das ist gerade für uns als Partei ärgerlich, die immer für eine schnellere und vollständigere Zusammenführung unserer Staaten eingestanden ist.

Aber immerhin tut sich etwas im Landtag dazu. Im September tagte erstmals der neue Europa-Ausschuss und verhandelte gleich über mehrere so genannte Frühwarndokumente. Mit diesem neuen Wort werden Verordnungen und Gesetze aus Brüssel benannt, die wir in den Bundesländern darauf kontrollieren, ob unsere Verfassungsrechte nicht verletzt werden. „Leider war es dann auch gleich ein Entwurf für eine Verordnung zur Energieeffizienz, die der Mehrheit im Ausschuss als zu stark in unsere Politik eingreifend erschien“, berichtet Carsten Meyer, unser europapolitischer Sprecher. „Dabei sind die vorgesehenen Vorgaben aus Europa aus unserer Sicht eher zu wenig und wir würden uns als Bündnisgrüne inhaltlich mehr wünschen.“ Wenn die Thüringer Regierung ernsthafte Anstrengungen in diese Richtung ergreifen würde, hätte es die Diskussionen nicht geben müssen.

Zu diesen Themen tagt der Ausschuss im Übrigen öffentlich. „Ich wünsche mir, dass uns dort öfter einmal an Europa Interessierte besuchen kommen“, sagt Meyer. Die Termine und Tagesordnungen sind unter folgendem Link zu finden: <http://www.landtag.thueringen.de/landtag/aktuelles/sitzungstermine/>

3. Gesetz zu freien Schulen vor dem Thüringer Verfassungsgericht

CDU und SPD haben angekündigt die Kommunalisierung der Grundschulhorte bis 2013 unter Dach und Fach zu bringen.

„Dazu haben wir gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern konkrete Voraussetzungen formuliert, wie die Zukunft der Grundschulhorte gesichert werden kann. Wir meinen, wer eine Hortkommunalisierung anstrebt, muss konkrete Antworten zur zukünftigen Ausgestaltung der Horte liefern. Aus unserer Sicht braucht es vor allem eine dauerhafte, ausreichende und nachvollziehbare Finanzierung der Horte. Zudem muss die pädagogische Einheit von Grundschule und Hort konzeptionell und organisatorisch weiterentwickelt werden. Ein besonderes Augenmerk legen wir darauf, wie der Arbeitsplatz als Erzieherin oder Erzieher wieder attraktiv gemacht werden kann. Die Situation, dass ErzieherInnen mit halben Stellen – insbesondere wenn sie Kinder haben – davon schlicht nicht leben können, ist keineswegs vertretbar und muss sich schleunigst ändern. Auch das Fachkräftegebot und die derzeit geltenden Betreuungsschlüssel von 1:20 dürfen nicht überschritten werden und es muss endlich genügend Zeit zur Vor- und Nachbereitung für die Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung stehen. Wir werden uns konstruktiv in diesen Prozess einbringen und werden nicht um Begrifflichkeiten streiten. Denn Grundschulen und ihre Horte bieten gemeinsam Zeit und Raum für mehr“, erläutert Astrid Rothe-Beinlich, unsere bildungspolitische Sprecherin.

4. Prädikat: Besonders Wertlos Rechnungshof rechnet mit Stiftung FamilienSinn ab



Die Stiftung FamilienSinn war ein Thema der Generaldebatte zum Haushalt 2012. Hintergrund war die Berichterstattung von OTZ und MDR über detaillierte Inhalte des Prüfberichts der Thüringer Rechnungshofes zur Stiftung, indem die Arbeit der Stiftung als „in hohem Maße ineffizient und unwirtschaftlich“ bezeichnet wird.

„Wenn die Stiftung teilweise 116,09 Euro braucht um 100 Euro an Fördermitteln auszureichen, das Ministerium für die gleichwertige Arbeit vor Gründung der Stiftung aber mit 21,21 Euro auskam, dann übertrifft das alle Befürchtungen die im Landtag zur Causa FamilienSinn bisher geäußert wurden“, zeigt sich Anja Siegesmund entsetzt.

Die Abgeordneten müssen im Zuge des Haushaltes für 2012 auch über die Zukunft der Stiftung und die zukünftige Familienförderung im Freistaat entscheiden. Der Prüfbericht des Rechnungshofes liegt aber nur der Landesregierung und offenbar der Presse vor, während die Abgeordneten derzeit blind fliegen. „Weitere sechs schlechte Jahre Familienpolitik können wir uns weder finanziell leisten noch haben das die Familien in Thüringen verdient“, so Siegesmund. „Wir stehen für eine fraktionsübergreifende und moderne Familienpolitik jederzeit zur Verfügung.“

Die Landesregierung plant über das Haushaltsbegleitgesetz umfangreiche Eingriffe in das Familienförderungsgesetz und die Stiftung FamilienSinn. Die bündnisgrüne Fraktion hatte kritisiert, dass die Landesregierung die Argumentation des Rechnungshofes nicht nutze, um die Stiftung FamilienSinn aufzulösen. „Die offenbar katastrophale Bewertung der Stiftung durch den Rechnungshof sollte auch alten CDU-Ideologen endlich die Augen öffnen. Nun ist aber die SPD gefordert. Das Verstecken hinter dem Koalitionsvertrag reicht bei diesen Fakten nicht mehr“, sagt Siegesmund.

Der zuständige Sozialausschuss hatte sich erst vor wenigen Tagen auf Antrag der Grünen mit dem aktuellen Stand bei der Stiftung FamilienSinn und der Kritik des Rechnungshofes beschäftigt. „Ich war überrascht, dass uns der Abgeordnete und frühere Sozialminister Dr. Klaus Zeh mit seiner Anwesenheit im Ausschuss beehrte. Aber offensichtlich gehört dies zu den verzweifelten Versuchen, noch etwas zu retten, was definitiv nicht mehr zu retten ist“, schließt die Vorsitzende und familienpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion.

5. Minister, Fraktionen, Bürgermeister: Hier gibt es nichts zu sparen

Politik ist manchmal Sacharbeit, oft aber auch ein symbolischer Akt. „Und wie man es schafft, im Umgang mit eigentlich kleineren Sachproblemen großen symbolischen Schaden anzurichten, haben SPD und CDU über den Sommer gezeigt“, sagt unser finanzpolitischer Sprecher Carsten Meyer. Es sind drei Themen, die alle nach dem gleichen Motto behandelt wurden und für Empörung sorgen.

Zuerst war da das Ministergesetz, in dem es um die Versorgung dieser kleinen Personengruppe nach ihrem Weggang aus dem Amt geht. Hier schafft es – 18 Monate nachdem unsere Fraktion einen Gesetzentwurf dazu in die Debatte brachte – die CDU, die eigentlich letzte Behandlung dieses Themas eine Woche vor der Landtagssitzung wieder von der Tagesordnung zu nehmen! „Es sollten eben doch schnell noch einige Wohltaten für diese bedürftige Menschengruppe herein gemogelt werden“, so Meyer. Nun soll diese peinliche Posse der Selbstbedienung im Oktober behandelt werden.

Dann erfuhr unser Gesetzentwurf für eine Reform der Versorgung von Wahlbeamten, also von BürgermeisterInnen oder Beigeordneten, eine Beerdigung zweiter Klasse. Er wurde im Juli nicht

einmal in den Ausschuss überwiesen und im Landtag jetzt nach kurzer Debatte durch die Mehrheit abgelehnt. Es bleibt also dabei: Ein hauptamtlicher Bürgermeister, der mindestens fünf Jahre im Amt war, erhält dann sofort 35 Prozent seiner letzten Bezüge, in der Regel auch dann, wenn er wieder einer neuen Beschäftigung nachgeht.



Und als wenn diese beiden Tatbestände nicht schon genug Schaden für das Ansehen von uns PolitikerInnen bedeutet, die scheinbar Wasser predigen und selbst Wein trinken, soll es im neuen Haushalt einen Nachschlag für die Sachkosten der Fraktionen geben. Das Land kürzt aus Not bei den Kommunen rund 250 Millionen Euro, aber die Koalition will 40 000 Euro mehr für Sachkosten an die Fraktionen verteilen, weil sich, so heißt es, ein Amt verrechnet hat. „Was ein solches Verhalten für eine Außenwirkung hat, kann nur vermutet werden“, schließt Meyer.

6. Datenschutz darf kein Papiertiger sein

Die Landesregierung hat sich in dieser Plenardebatte endlich einem sehr stiefmütterlich behandelten Thema angenommen: Der Datenschutz stand zwangsläufig auf der Tagesordnung, da andernfalls Zwangsgelder der EU, wegen Nichtumsetzung von europäischen Regelungen gedroht hätten.

Bereits im März 2010 hatte der EUGH das deutsche System der Datenaufsicht für europarechtswidrig erklärt. Nun nach anderthalb Jahren endlich die Umsetzung. „Aber auch der vorgelegte Entwurf ist noch lange kein Meilenstein“, so der bündnisgrüne Datenschützer Dirk Adams. „Auch müssen die vielen unbestimmten Rechtsbegriffe – wie zum Beispiel „anerkannter Zweck“ – geklärt werden. „Es kann ja nicht sein, dass sich die Bürger einen Anwalt nehmen und durch die Instanzen klagen müssen, um dieses Gesetz verstehen zu können.“

Auch ändert der Entwurf nichts an dem Dilemma, dass der Datenschutzbeauftragte zwar ein Auskunft und Einsichtsrecht bei Behörden hat, es aber keine Meldepflicht bei Datenpannen an den Datenschutzbeauftragten geben wird. „Auch auf Bundesebene müssen Behörden in solchen Fällen den Datenschutzbeauftragten unterrichten und haben eine entsprechende Informationspflicht. Eine entsprechende Regelung muss auch auf Landesebene bestehen“ so der grüne Politiker weiter. .

Dabei scheint die Landesregierung wiederum die Bedeutung des Datenschutzes zu verkennen und einen neuen Papiertiger zu schaffen „Dabei muss doch der Staat gläsern werden, nicht die BürgerInnen – sonst wird die Demokratie zerbrechlich“, schließt Dirk Adams.

7. Totalausfall der FDP beim Ladenschluss

Die Ladenöffnungszeiten sollen nach dem Plan der Landesregierung erneut ausgeweitet werden. Aber diesmal scheint eine Mehrheit im Landtag damit nicht einverstanden zu sein und sich vielmehr für einen größeren Schutz von Arbeitnehmern und Familien einzusetzen.

„Als Totalausfall präsentierte sich leider erneut die FDP, denn sie setzt erneut Konsum mit Glück gleich. Das sieht die große Mehrheit des Parlaments jedoch anders“, so Anja Siegesmund, unsere Fraktionsvorsitzende sowie arbeits- und familienpolitische Sprecherin. „Es mag ja richtig sein, dass kluge Arbeitgeber ein Eigeninteresse an guten Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben. Nur vergisst die FDP, dass es zum einen nicht nur kluge Arbeitgeber gibt und zum anderen die Politik den Arbeitnehmerschutz nicht an klugen oder

unklugen Arbeitgebern, sondern an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer auszurichten hat“, so Siegesmund.

Wir Grüne sehen der von SPD und CDU signalisierten Diskussionsbereitschaft über arbeitnehmer- und familienfreundliche Arbeitszeiten im neuen Landesöffnungszeitengesetz mit Spannung entgegen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehen ergebnisoffen in die Ausschussberatungen. Eine gute Diskussionsgrundlage stellt auch der Gesetzentwurf der LINKEN zu dem Thema dar.



Siegesmund stellte klar, dass keines der Argumente mit denen der Bundestag und die Landtage in den vergangenen 20 Jahren die Ladenöffnungszeiten immer weiter liberalisiert und flexibilisiert haben, sich als stichhaltig erwiesen hat. Weder konnte so mehr Beschäftigung, noch insgesamt mehr Umsatz generiert werden. Vielmehr wurde reguläre Beschäftigung verdrängt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vom Gesetzgeber und Einzelhandel schlicht aufgegeben. Leidtragende waren vor allem Familien und insbesondere alleinerziehende Frauen.

Eine Ausweitung der Sonntagsöffnungszeiten für Bäcker und Blumenhändler von derzeit 8 Uhr auf künftig 7 Uhr braucht kein Mensch und geht für uns Grüne in die völlig falsche Richtung.

8. DDR-Altlasten können Thüringen noch teuer zu stehen kommen

Das Sondervermögen ökologische Altlasten entwickelt sich zum unkalkulierbaren Risiko für Thüringen. „Die im Generalvertrag zur Altlastensanierung veranschlagten Mittel reichen bei weitem nicht aus“, kritisiert der umweltpolitische Sprecher Dr. Frank Augsten im Rahmen der aktuellen Debatte zur Finanzierung ökologischer Altlasten in Thüringen.

Der Freistaat hätte angesichts des Risikopotenzials bei der Altlastensanierung besser auf die Ausfinanzierung unabsehbarer Kosten achten müssen. Dass es jetzt höchstwahrscheinlich zum Rechtsstreit zwischen dem Bund und dem Land Thüringen kommt, zeigt die Schwächen des Generalvertrages zur Altlastensanierung. In der Ausschusssitzung des Umweltausschusses, am 09. September 2011, sind zwei konträre Ansichten zur Auslegung der Öffnungsklausel Finanzierung von Mehrkosten zur Altlastensanierung aufeinander gestoßen. Bewahrheitet sich die Auslegung der Bundesanstalt für einigungsbedingte Sonderaufgaben, dass Thüringen die Frist zur Kostenanmeldung bis März 2010 verpasst hat, wäre dies fatal für Thüringen. „Wir können nur hoffen, dass sich das Umweltministerium gegenüber dem Bund mit seiner Auslegung des Generalvertrages durchsetzen kann“, so Augsten.

9. Populismus bei Standards zur Abwasserentsorgung

Wir halten die Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring zur Abwasserentsorgung in Thüringen für falsch.

„Die Behauptung, dass der Freistaat bei der Abwasserentsorgung schärfere Standards als EU und Bund ansetzt, ist reiner Populismus“, stellte unser umweltpolitische Sprecher Dr. Frank Augsten klar. Die Antworten der Landesregierung zu unserem Antrag „Standards und Herausforderungen für eine umweltgerechte Abwasserentsorgung“ im Umweltausschuss haben gezeigt, dass EU und Bund die Abwasserentsorgung vollständig regeln. Diese Standards lassen sich nicht unterschreiten. Mohring hatte jedoch verlangt, dass die Abwasserentsorgung in

Thüringen großzügiger geregelt wird. „Der Freistaat nutzt seine Handlungsspielräume heute schon aus. Es findet keine Verschärfung im Thüringer Wasserecht statt“, betont Augsten.

Die Beratung im Ausschuss hat hingegen gezeigt, dass im Freistaat noch erhebliche Anstrengungen notwendig sind. So seien rund 86 Prozent der Oberflächengewässer durch zu hohe Phosphat-Einträge und 40 Prozent durch organische Einträge belastet. Der nach EU-Wasserrahmenrichtlinie angestrebte ‚gute Zustand‘ wird meist nicht eingehalten. Die Frage nach einer Prioritätensetzung bei der Abwasserentsorgung im ländlichen Raum, wo der Anschlussgrad gerade einmal 29 Prozent beträgt, wurde von Seiten der Landesregierung nur vage beantwortet. Hier fordern wir von der Landesregierung eine klare Positionierung bezüglich der Kriterien, wie und wann die fast 70 Prozent der noch nicht angeschlossenen Gemeinden mit einem Anschluss rechnen können. Dabei muss nach fachlichen Gründen entschieden werden, ob eine biologische Kleinkläranlage, eine dezentrale Sammelanlage oder der Anschluss an eine bestehende zentrale Anlage in Frage kommt.



10. Grundschulen und ihre Horte bieten gemeinsam Zeit und Raum für mehr

CDU und SPD haben angekündigt die Kommunalisierung der Grundschulhorte bis 2013 unter Dach und Fach zu bringen.

„Dazu haben wir gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern konkrete Voraussetzungen formuliert, wie die Zukunft der Grundschulhorte gesichert werden kann. Wir meinen, wer eine Hortkommunalisierung anstrebt, muss konkrete Antworten zur zukünftigen Ausgestaltung der Horte liefern. Aus unserer Sicht braucht es vor allem eine dauerhafte, ausreichende und nachvollziehbare Finanzierung der Horte. Zudem muss die pädagogische Einheit von Grundschule und Hort konzeptionell und organisatorisch weiterentwickelt werden. Ein besonderes Augenmerk legen wir darauf, wie der Arbeitsplatz als Erzieherin oder Erzieher wieder attraktiv gemacht werden kann. Die Situation, dass ErzieherInnen mit halben Stellen – insbesondere wenn sie Kinder haben – davon schlicht nicht leben können, ist keineswegs vertretbar und muss sich schleunigst ändern. Auch das Fachkräftegebot und die derzeit geltenden Betreuungsschlüssel von 1:20 dürfen nicht überschritten werden und es muss endlich genügend Zeit zur Vor- und Nachbereitung für die Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung steht. Wir werden uns konstruktiv in diesen Prozess einbringen und werden nicht um Begrifflichkeiten streiten. Denn Grundschulen und ihre Horte bieten gemeinsam Zeit und Raum für mehr“, erläutert Astrid Rothe-Beinlich, unsere bildungspolitische Sprecherin.

10. Wirtschaftsstandort Thüringen

Auf Antrag der grünen Landtagsfraktion stand in dieser Plenarsitzung das Thema Wirtschaftsförderung auf der Tagesordnung.

Dabei ging es nicht nur um die bereits im Frühjahr geänderte GRW Förderungsrichtlinie der Unternehmen. Diese Änderung sah vor, dass Unternehmen mit mehr als 30 Prozent Leiharbeitern per se von einer Förderung ausgeschlossen sein sollen. Da mehr Anträge auf Förderung vorlagen, als Mittel zur Verfügung standen, führte das SPD-geleitete Wirtschaftsministerium – ohne dies zu kommunizieren – ein Priorisierungsverfahren ein. Danach kamen nur die Unternehmen bei der Wirtschaftsförderung zum Zuge, die nachweisen konnten, Arbeitsplätze zu schaffen. „Wenngleich das Anliegen durchaus verständlich ist, scheint hier eine schlechte Kommunikation vorzuliegen. Unverständlich ist auch, dass zur gleichen Zeit

Fördermittel an ein Unternehmen gegeben wurde, was null Arbeitsplätze geschaffen hat. Weil es da ausreichte, die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern, hat eine Ungleichbehandlung manifestiert.“, so unser wirtschaftspolitischer Sprecher, Dirk Adams.

Auch wurde der Entschluss, dieses Verfahren durchzuführen, weder bei den IHKen noch bei den Wirtschaftsverbänden vorher kommuniziert. Die CDU-Fraktion, und damit der Koalitionspartner, legte in diesem Streit auch noch nach und bringt den Wirtschaftsminister noch zusätzlichen unter Druck. „Das kann man machen, aber wenn man hier mit Halbwahrheiten argumentiert, dann wird es schwer. Wenn in den Medien publiziert wird: ‚Die Thüringer Investitionsförderung ist alles andere als verlässlich‘ oder ‚Es wird nicht mit gleichem Maß gemessen. Das Arbeitsplatzkriterium gilt nur für KMU‘, dann überlegt es sich ein Investor mehrfach, ob er hier Geschäfte machen will“, so Adams weiter.



Der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft ist wichtig, um Vor- und Nachteile abzuwägen. „Und wenn der Wirtschaftsminister behauptet, nichts von einem Kommunikationsproblem mit den IHKen zu wissen, dann kann das wirklich nur daran liegen, dass er schon lange nicht mehr mit denen gesprochen hat“, schließt Adams.
